Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 1

Artikel: Der mitteleuropäische Rahmen
Autor: Baudissin, Wolf Graf von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163627

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wolf Graf von Baudissin

Der mitteleuropäische Rahmen

Bei Lichte besehen, gibt es kein sicherheitspolitisches Problem, das sich heute noch in rein nationalstaatlichem Rahmen betrachten oder gar regeln liesse. Sicherheitsprobleme sind eng mit inter- und transnationalen Problemen verschiedenster Art verknüpft.

Blicken wir auf Mitteleuropa – im NATO-Jargon «Central Region» genannt, so springt geographisch zunächst die Bundesrepublik als Hauptbetroffener und Hauptakteur ins Auge. Doch dahinter stehen Dänemark, Grossbritannien, die Benelux-Staaten und – je nach politischem Vertrauen – auch Frankreich und nicht zuletzt mit ihrem besonderen Status die Schweiz. Damit ist der sicherheitspolitische Rahmen, der hier betrachtet werden soll, jedoch noch nicht umfassend abgesteckt; denn auch die beiden Bündnisse und damit vor allem die beiden Führungsmächte mit ihren globalen Interessen sind mit im Spiel.

Wir erleben zur Zeit drastisch, dass Sicherheit sich mit militärischen und rüstungstechnischen Kategorien allein nicht mehr messen lässt. Auf empfindliche Weise wird uns vor Augen geführt, dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Sicherheit ein mindestens ebenso wichtiger Faktor ist. Angesichts der zunehmenden Verwundbarkeit unserer hochentwickelten Industriegesellschaften und bei den ausserordentlichen Bedrohungen, die ein Krieg für jeden Beteiligten – auch für den Initiator – mit sich brächte, sind heute die nicht-militärischen Einwirkungsmittel – zumindest in Europa – sehr viel risikoloser und dabei nicht weniger wirksam einzusetzen.

Destabilisierende Folgen des Entspannungsprozesses

Mit Beginn des Entspannungsprozesses änderten sich Funktion und Bedeutung der Sicherheitspolitik – selbst wenn wir sie zunächst einmal auf den militärischen Aspekt, d. h. auf eine Vorbeuge- und Vorsorgepolitik gegenüber unerwünschten Eingriffen von aussen eingrenzen. Wie immer man zum Entspannungsprozess stehen bzw. sein Fortschreiten beurteilen mag, er hat uns zum Bewusstsein geführt, dass – allen Ideologien zum Trotz

– Ost und West nicht nur Antagonisten, sondern in zentralen Fragen zugleich auch Partner sind. Beide Seiten können ihre Existenz entscheidende Probleme nur noch in Abstimmung miteinander, wenn auch zwar meistens nicht lösen, so doch steuern und schrittweise regeln. Sicherheitspolitisch gesehen, hat dies zwei Konsequenzen:

- Die Kooperationsvorhaben führen zu immer stärkerer Verflechtung und beginnen damit, einen sicherheitspolitischen Stellenwert zu erhalten. Geht man davon aus, dass die Sowjetunion den Entspannungsprozess – wie immer sie selbst sein schliessliches Ziel auch sehen mag – in erster Linie eingeleitet hat, um mit westlicher Hilfe konkurrenzfähig zu werden, so müssen schädigende Eingriffe in unsere technologische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit negativ auf sie selbst zurückwirken.
- Die Sicherheitspolitik büsst in steigendem Masse ihre einst dominierende Rolle ein. Im Kalten Krieg war sie es, welche die Politik aller Ressorts bestimmte. Heute ist es die Entspannungspolitik, welche der Sicherheitspolitik Strategien und Instrumentarien vorschreibt.

Freilich zeigte sich auch, dass die Stabilisierung der internationalen Beziehungen die «Subsysteme» destabilisiert. Die Bündnisse werden von «Blöcken» zu «Lagern», in denen die weiter bestehenden Konflikte sehr viel deutlicher zutage treten; die von aussen bzw. innen aufgezwungene scheinbare Homogenität der Interessen erweist sich als trügerisch. Durch Verblassen der Feindbilder, durch Kooperation wie durch Information verliert die Geschlossenheit der Gesellschaften und Bündnisse an Intensität. Wir bezahlen die zwischenstaatliche Entspannung mit einem Zuwachs an internen Spannungen.

Dafür gibt es manches Beispiel. Man denke nur an die autonome, jedenfalls nicht immer bündniskonforme Aussenpolitik Frankreichs auf der westlichen, an die Rumäniens auf der östlichen Seite oder an die Entwicklung des Eurokommunismus im Westen, die im Zeitalter des Kalten Krieges unvorstellbar gewesen wäre; erinnert sei auch an die Dynamik der mancherlei Dissidenten-Gruppen im Osten. Dabei sollte man nicht vergessen, dass diese Auflockerungs-Erscheinungen für uns ungleich leichter zu ertragen sind als für totalitäre Regime. Wir haben genügend Strukturen und Verfahren entwickelt, die unausbleiblichen Konflikte im Bündnis wie in den Gesellschaften zu steuern. Im Osten gilt jede Art von Konflikt als systemwidrig; deshalb ist dort keine Vorsorge für ihren routinemässigen Austrag getroffen.

Diese Destabilisierung der Subsysteme erzeugt auf beiden Seiten Bedenken gegenüber dem Entspannungsprozess. Es ist verständlich, dass

man die Ursachen beim Anderen sucht und auch stets findet; nicht die eigenen gesellschaftlichen Entwicklungen sind schuld; es sind äussere Einflüsse: Subversion und Feindpropaganda. Um diesen zu begegnen, schliesst man sich wieder stärker ab und wirkt dazu repressiv auf die eigene Gesellschaft ein. Feindbilder werden wieder wichtige Führungsmittel.

Strategische Stabilität als Ziel der Sicherheitspolitik

Diese Kehrseite der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen lässt sich nur in der Gewissheit ertragen, dass die eigene Instabilität von der anderen Seite weder mit indirekter Androhung noch direktem Einsatz militärischer Gewalt ausgenutzt werden kann. Insofern hat die Sicherheitspolitik im Entspannungsprozess zumindest *eine* fundamentale Aufgabe: Sicherheit vor Eingriffen von aussen zu garantieren, d. h. strategische Stabilität herzustellen und zu optimieren. Dabei ist unter «strategischer Stabilität» ein Kräfteverhältnis zu verstehen, das allen Beteiligten jeden Konfliktaustrag mit militärischen Mitteln glaubhaft als kalkuliert untragbares und folglich unverantwortbares Risiko demonstriert.

Diese Stabilität sollte allerdings nicht mit «Parität» verwechselt werden. Eine blosse Zahlenaufrechnung sagt wenig über das tatsächliche Kräfteverhältnis aus. Worauf es ankommt, ist eine ausgewogene Leistungsbilanz. Sie entwickelt sich aus der Parität der sicherheitspolitischen, strategischen und taktischen Optionen, die beiden Seiten offen stehen.

Die militärischen Strategien dieser Sicherheitspolitik sind bekannt. Sie heissen gegenseitige Abschreckung und arms control, die ich mit «Kooperative Rüstungssteuerung» übersetze. Das Konzept der gegenseitigen Abschreckung bedeutet nichts anderes als den Verzicht der Gewaltanwendung – jedenfalls, wenn man bewusst die Glaubwürdigkeit der Gegenseite durch Selbstbeschränkungen aufrechterhält und peinlich jeden Anschein einer Erstschlag- bzw. konventionellen Siegfähigkeit vermeidet. Dem Abschreckungspartner droht Gegengewalt nur für den Fall, dass er angreifen sollte, und nur so viel wie nötig, um ihn von der Opportunität baldiger Beendigung der Kriegshandlungen zu überzeugen. Es ist also eine Strategie, die Kriegsverhütungs- und nicht Kriegsführungspotentiale verlangt.

Kriegsverhütungs- und Kriegsführungspotentiale

Dies sind Begriffe von stetig zunehmender Bedeutung. Sie wurden gerade im letzten Jahr in der Bundesrepublik intensiv und unter nicht immer

sonderlich glücklichem Einfluss aus den Vereinigten Staaten diskutiert. Ich darf das kurz erläutern: eine Sicherheitspolitik, die sich auf Kriegsverhütungspotentiale stützt, hat ein eindeutiges Ziel: die Erhaltung, äusserstenfalls die Wiederherstellung des Status quo. Für weitergehende Anstrengungen reichen die Mittel nicht aus; in ihrer Kräftebegrenzung liegt jedoch das deutliche Risiko einer Aggression: die Eskalation in die gemeinsame Katastrophe. Kriegsverhütungspotentiale stabilisieren also; sie nehmen dem Gegenüber die Sorge vor einem kriegerischen Überfall, schützen aber gleichzeitig den Besitzer vor gleicher Gefährdung.

Kriegsführungs- und Verteidigungskonzepte implizieren demgegenüber noch immer eine gewisse Siegeserwartung, d. h. dem Krieg wird weiter ein politischer Sinn zugemessen. Während für Kriegsverhütung eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit im strategisch-nuklearen, eine ausgesprochen «sufficiency»-Bestückung der unteren Triaden-Ebenen genügt, kann Kriegsführung auf einen starken Verteidigungscharakter mit entsprechenden Kräften nicht verzichten – auch wenn die Abschreckung als genereller Zweck nicht geleugnet wird. Das grössere und auf längere Kriegsdauer bemessene Potential lässt Eskalationen in höhere Ebenen der NATO-Triade unwahrscheinlicher werden. Dieses verständliche Streben nach Schadensbegrenzung verringert zwar die Risiken einer Kriegsführung, macht aber gerade dadurch den Krieg selbst wieder wahrscheinlicher. Für Kriegsführungsstrategien ist die konventionelle Komponente, die den Raum nach wie vor als Waffe nutzt, vorrangig; die taktischen Nuklear-Waffen haben Kriegsführungsaufträge zur Unterstützung der konventionellen Verteidigung – das wird am deutlichsten bei Gefechtsfeldwaffen wie den «Enhanced Radiation Weapons» (Neutronenwaffen) zur Panzerabwehr. «Counter-Force» und andere selektive Einsätze gehören zur Hauptfunktion der strategisch-nuklearen Systeme.

Bei den Kriegsverhütungsstrategien steht dagegen «Counter-City» und Zweitschlag als Katastrophenandrohung im Vordergrund. Die nuklear-taktischen Waffen haben im wesentlichen politische Bedeutung; sie stellen sowohl die politische «linkage» zwischen den direkt angegriffenen Westeuropäern und der Weltmacht, als auch die militärische Verbindung zwischen der konventionellen und der strategischen Komponente des Abschreckungsschirms dar. Dabei geht es hier nicht um Raumverteidigung, sondern um eine grenznahe Aufstellung der «general purpose»-Verbände mit geringer Tiefe. Sie sollen durch ihre abstossende Kraft die bündnispolitisch gefährliche Form des begrenzten Krieges ausschliessen. Es liegt auf der Hand, dass Kriegsvorbereitungen industrieller Art sowie weitgreifende Mobilmachungsmassnahmen und Zivile Verteidigung diesem Konzept widersprechen; sie würden seine politische Wirkung erheblich

mindern. Ihre politischen und materiellen Kosten würden die Glaubwürdigkeit des Friedenswillens, aber auch die der Abschreckung belasten. Anders ausgedrückt: sie destabilisierten sicherheitspolitisch im weiteren Sinne.

Bei der Strategie der kooperativen Rüstungssteuerung geht es um etwas grundsätzlich anderes als um Abrüstung. Ihr Ziel ist nicht die weltweite Abschaffung aller Militärpotentiale, sondern strategische Stabilität. Dabei ist die jeweilige Höhe der Rüstungsanstrengungen relativ uninteressant; wesentlich sind der Grad und die voraussichtliche Dauer der Stabilität. Allerdings besteht die Zielvorstellung, gesicherte Stabilität mit weniger bedrohenden, weniger bedrohten und weniger kostspieligen Potentialen zu erreichen und zu erhalten.

Dieses Konzept funktioniert nur, falls es kooperativ verstanden und angewandt wird; jede kompetitive oder konfrontative Tendenz setzt es ausser Kraft. Praktisch heisst dies, dass jede Seite die Sicherheitsansprüche des anderen, selbst wenn sie übertrieben erscheinen, ernst nimmt und solange akzeptiert, als sie das strategische Verhältnis nicht destabilisieren. Das heisst aber auch, auf eigene maximale Vorkehrungen zu verzichten und – das vielleicht Wichtigste – sich transparent zu halten, damit die andere Seite Einsicht in die Entwicklung des politischen und strategischen Konzepts, den Entscheidungsprozess und die Kapazität des Militärpotentials gewinnt. Nur durch derartige Transparenz lassen sich die Vorurteile und Bedrohtheitsgefühle überwinden, die jede engere Kooperation gerade auf sicherheitspolitischem Gebiet auszuschliessen pflegen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Verifizierbarkeit von Abkommen. Ohne die Möglichkeit, sich von der Vertragstreue des Antagonisten überzeugen zu können, schaffen Verträge eher Misstrauen als Vertrauen. Diese Regel gewinnt um so grösseres Gewicht, je einschneidender die Beschränkungen werden, die sich die Beteiligten durch ein Abkommen auferlegen.

Sicherheit in Mitteleuropa

Über die Sicherheit in Mitteleuropa ist in letzter Zeit – angeregt durch das Buch «Der Dritte Weltkrieg» von Sir John Hackett – lebhaft diskutiert worden. Dieses Buch wurde – ebenso wie andere verwandte Beiträge – als «Plan»- oder «Kriegsspiel» zu ganz bestimmtem politischem Zweck geschrieben. Solche Entwürfe pflegen nicht von der konkreten Situation und der geltenden Strategie auszugehen, sondern ein Szenario zu entwerfen, in dem die «flexible response» versagt. Dies erlaubt es dann, in Kriegsführungs- und Verteidigungskonzepte zurückzufallen.

Wir können unterstellen, dass der Sowjetunion und dem Warschauer

Pakt nichts weniger erwünscht sein kann als ein Dritter Weltkrieg, der nur die Vernichtung aller direkt wie indirekt beteiligten Völker bringen kann. Die Frage nach der Sicherheit in Mitteleuropa lautet also: «Lässt sich hier ein begrenzter Krieg mit tragbarem Risiko inszenieren oder nicht?»

Vergleichen wir Mitteleuropa mit dem Nord- bzw. Südabschnitt der NATO, so sind die Chancen, ein derartiges Szenario aufzubauen, an den Flanken mit Sicherheit grösser – wobei hier nicht die Wahrscheinlichkeit, sondern lediglich die Möglichkeit diskutiert werden soll. Es braucht nicht näher erklärt zu werden, auf welche Weise an den Flanken Situationen aufgeheizt werden könnten, die einen begrenzten Eingriff von aussen plausibel erscheinen lassen; es genügt, an die griechisch-türkischen Konflikte oder an die norwegisch-sowjetischen Streitigkeiten in der Barentssee bzw. um Aufklärungsinstallationen in Nord-Norwegen zu erinnern. Zudem lassen sich an den Flanken, die meist nur mit nationalstaatlichen und nicht mit multinationalen Verbänden gesichert sind, relativ leicht bilaterale Konflikte inszenieren, in die das Bündnis nicht automatisch von Beginn an verwickelt sein muss. Insgesamt bieten sich hier jedenfalls am ehesten Möglichkeiten, ein Faustpfand zu einem vielleicht noch gerade erträglichen Risiko zu nehmen.

In Mitteleuropa liegen die Dinge anders. Abgesehen von der Schwierigkeit, bei fortschreitender Integration der EG einen anzugreifenden oder gar bereits angegriffenen Staat politisch zu isolieren, sieht sich ein Aggressor hier nicht nur der Bundeswehr, sondern den Verbänden von mindestens sieben, mit Frankreich sogar acht Staaten gegenüber. Diese Staaten haben durch die Stationierung ihrer Truppen den politischen Entschluss, sich an einem möglichen Krieg zu beteiligen, an Moskau delegiert. Derjenige, der die Grenze überschreitet, überfliegt oder überschiesst, befindet sich also im Kriege mit der nach wie vor grössten Weltmacht und ihren Verbündeten. Er löst den Weltkrieg III aus, so wenig ihm auch daran gelegen sein kann.

Doch neben diesem sicherheitspolitischen Aspekt gibt es auch einen strategischen. In Europa stehen – zumindest gegenwärtig – so starke Land- und Luftstreitkräfte, dass ein Aggressor um des taktischen und operationellen Erfolges willen erhebliche Kräfte bereitstellen und intensiv einsetzen müsste. Ein kontrollierbarer und bei Misslingen etwa als Versagen untergeordneter Organe deklarierbarer Grenzzwischenfall ist hier schwerlich zu inszenieren. So bleibt dem Aggressor nur eine Operation, die ihrem Ansatz nach die gesamteuropäische Ordnung bedrohen und damit zur Solidarisierung aller Bündnisteilnehmer mit dem Angegriffenen, höchstwahrscheinlich auch der Neutralen mit der NATO führen würde.

Darüberhinaus stellt eine Aggressionsplanung noch eine Reihe weiterer strategischer Probleme:

- Unter den gegebenen Bedingungen lassen taktische Siege mit konventionellen Kräften die Kampfführung mit hoher Wahrscheinlichkeit in taktisch-nukleare Intensität eskalieren. Das ist ein Risiko, das die Frage nach dem erstrebten politischen Gewinn mit besonderer Schärfe stellt.
- Je länger der Krieg dauert, desto stärker würde sich die wirtschaftliche und die technologische Überlegenheit der NATO, d. h. der USA, auswirken. Die Sowjetunion steht daher vor dem Dilemma, dass ein schneller massiver Durchstoss an den Atlantik, wie er sich als Abblockung der USA vom europäischen Kriegsschauplatz empfehlen würde, mit hoher Wahrscheinlichkeit nach kurzer Zeit zum Einsatz nuklear-strategischer Systeme gegen ihr eigenes Territorium führen würde.
- Mit Dauer und Wirkung des Krieges nimmt die Wahrscheinlichkeit eines Mehrfrontenkrieges zu – ein Problem, das in der Sowjetunion allgegenwärtig ist. Wer je Gelegenheit hatte, mit sowjetischen Experten zu sprechen, kennt ihre zweifellos ungeheuchelten Sorgen gegenüber den vielen tausend Grenzkilometern, hinter welchen böse Mächte mit starken Militärpotentialen lauern.
- Die Sowjetunion und mit ihr die WTO besitzt keine Blitzkriegskapazität. Strategisch gesehen, ist der Kräftebedarf für eine entscheidungssuchende Offensive zu gross, als dass sie ohne Mobilmachungsmassnahmen und Aufmärsche losbrechen könnte. Psychologisch betrachtet, haben der fortschreitende Industrialisierungs- und Entspannungsprozess die Gesellschaften des sowjetischen Imperiums mit der Zeit so differenziert, das eine Aggression aus dem politischen Stand auf Unverständnis und Opposition stossen muss. Das zeigte bereits vor Jahren die Intervention in Prag.

Vergleicht man aber einmal das Risiko, das der Aggressor eingehen würde, mit einem denkbaren Gewinn, so kommt man zu einem recht undramatischen Schluss. An weiterem Raum- oder Bevölkerungszuwachs kann dem Kreml kaum gelegen sein angesichts der bereits vorhandenen Spannungen, mit denen das Imperium schon jetzt kaum fertig wird. Auch die Usurpation der westdeutschen Industrie, die dabei höchstwahrscheinlich zerstört würde, jedenfalls ohne Krieg sehr viel profitabler ist, kann kein rationales Ziel sein. Ebenso schwer fällt es, der Hackett-Annahme zu folgen, die Sowjetunion werde sich nach probatem Muster in einen Krieg flüchten, um ihrer inneren Probleme durch eine Explosion nach aussen Herr zu werden. Das hiermit verbundene Risiko ist im Nuklear-Zeitalter entschieden zu gross.

Zumindest seit Kuba schreckt Moskau vor jeder Aktion zurück, die zu direkter Konfrontation mit den USA führen könnte. Auch Angola spricht nicht gegen diese Erfahrung; die Intervention erfolgte erst, nachdem das amerikanische Parlament der Administration die Hände gebunden hatte. Was bleibt also an rational vertretbaren Zielen, die das Risiko einer Katastrophe derart globaler Dimension rechtfertigen könnten?

Problematik der Kräftevergleiche

Solange deutlich strategische Stabilität zwischen den Weltmächten und ihren Bündnissen besteht, dürfte es um die Sicherheit Mitteleuropas nicht schlecht bestellt sein.

Ein sicherheitspolitisches bzw. rüstungssteuerliches Problem steckt allerdings in der Schwierigkeit, einen brauchbaren Massstab zu finden, um Militärpotentiale und Kräfteverhältnisse zu definieren. Undifferenzierte Vergleiche der Rüstungshaushalte von NATO und WTO sind wenig ergiebig; die Unterlagen sind kaum vergleichbar, die östlichen obendrein nicht nachprüfbar. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Rüstungsausgaben der Sowjetunion in den letzten zehn Jahren systematisch erhöht wurden; andererseits blieb ihr Anteil am Bruttosozialprodukt unverändert. Auch spricht vieles dafür, dass etwa die Hälfte der Mehrausgaben in den letzten Jahren zur Verstärkung der Fernost-Front sowie der Verbände für die innere Sicherheit verwendet wurde.

Personalstärken miteinander zu vergleichen, ist mehr als fragwürdig. Die Wiener Verhandlungen zeigen, wie unterschiedlich der Status Soldat definiert werden kann und wie schwer es ist, die Ausbildungs-, d. h. die Funktionsqualität des Personals mit in Rechnung zu stellen. Das gleiche trifft im Zeichen qualitativen Wettrüstens für die Vergleiche des Rüstungsmaterials zu, zumal die Modernisierungsprozesse beider Seiten in unterschiedlichen Phasen zeitlich verschoben ablaufen. In der Sowjetunion gibt es darüberhinaus keine klaren «Generationssprünge»; verschiedene Systemauslegungen werden nebeneinander langsam verbessert und die veralteten Modelle solange weiter verbraucht, bis sie schrottreif werden. Dieses Verfahren erschwerte eine beide Seiten gleichmässig eingrenzende Definition von «neuen» Systemen bei den SALT II-Verhandlungen ebenso wie die rechte Einschätzung der auf den ersten Blick erdrückenden Übermacht sowjetischer Panzer in Mitteleuropa. Auch die Dislozierung der sowjetischen Streitkräfte, die manchem durch den Schwerpunkt vor und in Mitteleuropa so bedrohlich erscheint, besagt nicht sehr viel. Unterbringungsräume haben in aller Regel mit der Operationsplanung wenig

zu tun; sie sind durch die Gegebenheiten der Infrastruktur, der Übungsgelegenheiten und des Bevölkerungsaufkommens wesentlich bestimmt und haben gewöhnlich ihre eigene Geschichte.

Betrachtet man das nuklear-strategische Kräfteverhältnis, so bleibt festzustellen, dass die Amerikaner ihr Programm aus den 60er Jahren mit etwa 1000 interkontinentalen landgestützten Raketen und 41 U-Booten bis heute beibehielten. Doch muss dem hinzugefügt werden, dass die heutigen Systeme in Wahrheit nicht mehr zu vergleichen sind mit ihren Vorgängern. Ihre technische Zuverlässigkeit, ihr Schutz gegen Verwundbarkeit, ihre Treffgenauigkeit haben in unvergleichlicher Weise zugenommen. Als sehr entscheidender Faktor kommt die Überlegenheit der USA in bezug auf «warheads», auf Mehrzweckraketen und vor allem auf Bomber hinzu. Doch auch hier – und das ist vielleicht das beste Beispiel dafür, wie überholt Zahlenvergleiche sind – ist nicht ihre Menge interessant. Worauf es ankommt, ist ihre Zweitschlagfähigkeit. Diese Fähigkeit besitzen beide Seiten, und ich halte es für im höchsten Masse unwahrscheinlich, dass je eine Seite sichere Erstschlagfähigkeit erlangen könnte – selbst wenn man diese, wie es heute gelegentlich geschieht, auf die Fähigkeit begrenzt, die silogeschützten Systeme des Gegners auszuschalten. Eine vollständige Erstschlagfähigkeit wäre zumindest erst nach Aufbau einer wirksamen Raketenabwehr und mit Einführung zuverlässiger U-Boot-Bekämpfungsmittel vorstellbar. Doch wäre das eine grundsätzlich neue Situation.

Das Aufholen der sowjetischen Seestreitkräfte hat die bisherige, als selbstverständlich empfundene weltweite Seeherrschaft der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Frage gestellt. Dies hat im Westen erklärlicherweise Nervosität ausgelöst. Doch auch hier ist zu bedenken, dass die Flotten der NATO noch immer eine breite Palette stategischer Optionen anbieten: von der Abschreckung bis hin zu Landungen auf weite Entfernungen, während die sowjetische Flotte kaum in der Lage ist, die Seeherrschaft ausserhalb ihrer eigenen Gewässer zu behaupten. Sie kann zwar gewiss im Falle eines Krieges den Nachschubverkehr über den Atlantik empfindlich stören und verlustreich gestalten, doch lässt sich schwer vorstellen, wie die Vorbereitungen hierfür – unter anderem der massive Einsatz von U-Booten und das Zurückziehen der Überwasser-Streitkräfte in ihre ungünstig gelegenen Basen – unbemerkt vor sich gehen sollte. So scheint die Sowjetunion, nach wie vor, ihre Überwasserschiffe für höchstens einige Tage, vermutlich nur einige Stunden, auf dem Atlantik bzw. dem Mittelmeer halten zu können. Sie ist nicht in der Lage, zureichende Luftherrschaft zu erzwingen und aufrechtzuerhalten.

Betrachten wir nun die «Central Region», so besitzen sicherlich Sowjet-

union und WTO neben gewisser Überlegenheit an Panzern und taktischer Luftwaffe erheblich günstigere Aufmarsch- und Nachschubmöglichkeiten. Doch sind auch hier Einschränkungen zu machen im Hinblick

- auf die starken Abwehrmöglichkeiten der NATO;
- auf die Qualität westlicher Waffensysteme sowie den hohen Ausbildungsstand des Personals;
- auf die Frage, ob eine konventionelle oder eurostrategische Überlegenheit zwischen zwei Kernwaffenbündnissen auch dann noch wirklich zählt, wenn über jedem konventionell geführten Gefecht das Damokles-Schwert der taktisch-nuklearen Eskalation und über jedem Einsatz eurostrategischer Systeme die Drohung mit der thermonuklearen Komponente der in diesem Bereich quantitativ wie qualitativ überlegenen Weltmacht USA droht.

Absichten und Möglichkeiten

Herbert Wehner hat kürzlich in der Bundesrepublik die Diskussion über die Absichten («intentions») der Sowjetunion im Vergleich zu ihren Möglichkeiten («capabilities») wieder in Gang gebracht. Mir scheint es hilfreich, zwischen drei Ebenen sowjetischer Politik zu unterscheiden:

- der ideologischen und machtpolitischen, welche vor allem in Gestalt des proletarischen Internationalismus auf Expansion ausserhalb Europas zielt;
- der entspannungspolitischen, welche als Friedliche Koexistenz zwar den internationalen Klassenkampf fortsetzen und mit Einsatz aller Mittel intensivieren soll, aber ausdücklich auf kriegerischen Konfliktaustrag in Europa verzichtet;
- der sicherheitspolitischen und militärstrategischen, welche zunächst rein defensiv gedacht ist, aber aus ideologischer Lagebeurteilung in Krisen schnell gegenaggressiv, aus strategischen Erwägungen auch präemptiv werden kann.

Diese gefährliche und destabilisierende Haltung in sicherheitspolitischen Fragen wurzelt in der Erwartung, dass die kapitalistisch-imperialistischen Regierungen des Westens den inneren Verfall ihrer Gesellschaften mit einer abenteuerlichen Politik militanter Expansion aufzuhalten suchen werden und dass erst endgültig Frieden herrschen kann, nachdem diese Friedensstörer ein für allemal vernichtet sind. Dieses Verhältnis zur Aussenwelt wird durch das Gefühl bestärkt, in Existenz bedrohender

Weise eingekreist zu sein. Angst steigert das eigene Sicherheitsbedürfnis in Dimensionen, welche für die Belange der anderen Seite blind machen. So nimmt es nicht wunder, wenn Kriegsführungskonzepte und Siegvorstellungen noch eine beträchtliche Rolle spielen und das Verständnis für die Erfordernisse der Rüstungssteuerung weithin fehlt.

In der Diskussion über das Kräfteverhältnis zwischen NATO und WTO werden die Leistungen der NATO-Staaten oft übersehen. So haben sich die westlichen Regierungen 1977 zu einer 3 %igen Erhöhung der Verteidigungsausgaben verpflichtet und führten seither 31 Marineeinheiten, 1600 gepanzerte Fahrzeuge, 14 000 tragbare Panzerabwehrwaffen, 500 Flugabwehrsysteme und 20 Flugzeuge neu ein. Damit ist vor allem die Panzer- und Flugabwehr beträchtlich verstärkt. Desgleichen wurde der Bereitschaftsgrad vieler Einheiten erhöht und die Luftbrückenkapazität sowohl in bezug auf die Transportmöglichkeiten und das Alarmierungssystem in den USA als auch auf die Aufnahmekapazität in Europa verbessert.

1978 wurde auf der laut Präsident Carter «produktivsten, konstruktivsten und offensivsten NATO-Konferenz, die es je gegeben hat», das «long-term defense program» verabschiedet. In ihm verpflichten sich die verbündeten Regierungen, bis 1988 für die Verstärkung ihrer Abschreckungskapazität 60 bis 80 Milliarden Dollars aufzuwenden.

Rüstungssteuerung vor Aufrüstung

In der westlichen Welt gibt es wohl keinen seriösen Experten, der – bis in die Mitte der 80er Jahre – eine ernstliche Bedrohung der politischen und strategischen Sicherheit in Europa befürchtet. Man ist sich darüber einig, dass eine kriegerische Auseinandersetzung innerhalb dieser Periode äusserst unwahrscheinlich ist. Solange wir uns also nicht selber einreden, der Osten könne kleinere oder grössere Konflikte in Mitteleuropa durch direkten Einsatz seiner Streitkräfte zu seinen Gunsten «regeln», sollten wir eigentlich immun sein gegen die Furcht vor dem vielzitierten «indirekten Einsatz» seiner militärischen Mittel. Drohungen, die zwar technisch, nicht aber politisch ausführbar sind, können nicht zwingend beeindrucken.

Allerdings lässt sich nicht bestreiten, dass die kooperative Rüstungssteuerung in eine Krise ihrer Massstäbe und ihrer Mittel geraten ist. Hauptanlass dafür ist die rasante technologische Entwicklung auf entscheidenden Rüstungssektoren. Doch liegen die Gründe noch tiefer. Gemeinsame Rüstungssteuerung zwischen Bündnissystemen so widersprechender Kon-

zepte und Interessen, wie sie sich in der östlichen «Friedlichen Koexistenz» und der westlichen «Entspannungspolitik» ausdrücken, zwischen Staaten mit kaum zu vereinbarenden Militärstrategien, unterschiedlichen geostrategischen Bedingungen und nur bedingt vergleichbaren Militärpotentialen erfordert einen mühsamen Lernprozess. Er verlangt von allen Beteiligten, über ihre Schatten zu springen und einen erheblichen Teil der überkommenen Sicherheitsvorstellungen aufzugeben, weil sie nicht mehr zutreffen. Es wäre daher sicherheitspolitisch, vor allem aber entspannungspolitisch höchst bedenklich, auf die sowjetischen Aufrüstungsmassnahmen, denen im Zweifelsfall politische Entschlüsse aus dem Ende der 60er Jahre zugrundeliegen, rein reziprok zu reagieren. Vielmehr sollte zunächst versucht werden, die Disparitäten durch Rüstungssteuerung auszugleichen, d. h. bedrohliche Überlegenheiten abzubauen. Erst falls dies fehlschlagen sollte, wären vorbereitete Rüstungsmassnahmen einzuleiten, um die Abschreckungskraft und die Solidarität des Bündnisses nicht zu gefährden. Verifizierbare Moratorien über Produktions- und Dislozierungsstops könnten den Verhandlungsprozess vor dem technologischen Überholtwerden bewahren.

Je grössere politische Relevanz die nichtmilitärische Kooperation und die militärische Vertrauensbildung erlangen, desto gelassener werden sich temporäre bzw. partielle Unausgewogenheiten der Rüstung ertragen lassen. Zu wenig Rüstung macht erpressbar durch blosse Drohung; zu viel Rüstung verhindert auf die Dauer eine Friedens- und Entspannungspolitik. Doch nur diese kann aus dem labilen Nicht-Krieg-Verhältnis mit dem Osten zu einem entspannten und belastbaren Zustand zwischen der Ersten und Zweiten Welt führen, der mehr und mehr den Namen Frieden verdient.

Nach einem Vortrag beim VI. Sicherheitspolitischen Gespräch des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung am 24. März 1979.